

Was können Sie tun?

Die unten aufgeführten Angebote sind längst nicht alle Möglichkeiten. Gern können Sie auch eigene Angebote einbringen.

1. Unterschriftenlisten ausdrucken und selbst Unterschriften für das Bürgerbegehren sammeln.

Sprechen Sie mit Ihren Freunden und Bekannten über das Bürgerbegehren. Sammeln Sie mit uns gemeinsam die erforderlichen Unterschriften (Anzahl s. § 26 Kommunalverfassungsgesetz LSA) ein. Informationen erhalten Sie unter: [eigene Website ergänzen]. Sie wollen Unterschriften sammeln? Tragen Sie sich auf dem Formular hinten ein.

2. Organisieren Sie mit uns gemeinsam eine Einwohnerversammlung in Ihrer Stadt oder Gemeinde und laden Sie einen Vortragsredner von uns in Ihre Stadt oder Gemeinde ein, organisieren Sie die Räumlichkeit und honorieren Sie die Leistung des Vortragsredners.

Wir klären Sie über die legale Möglichkeit der Abschaffung der Regierungszuständigkeit in Ihrer Stadt oder Gemeinde auf. Suchen Sie sich eine möglichst kostenfreie Räumlichkeit (z.B. ein Vereinszimmer, in einem größeren Restaurant, in einem Bürgerhaus usw.), machen Sie die Veranstaltung bekannt (verteilen Sie Plakate, Flyer und E-Mails in Ihrer Gemeinde, kontaktieren Sie örtliche Vereine, Interessengruppen, Gewerbeverbände usw.). Nehmen Sie zur Deckung der Unkosten etwa 10 – 20 Euro für den Vortragsabend. Stellen Sie auch eine Spendenbox auf. Laden Sie einen Vortragsredner von uns ein. Er klärt Sie über alles Wissenswerte auf, beantwortet die Fragen der Teilnehmer und hilft bei der Initiierung eines Bürgerentscheides. Kosten für den Vortragsredner: Fahrtkosten innerhalb des eigenen und angrenzenden Bundeslandes des Vortragsredners - 200 Euro. Für eine weite Anfahrt 250 Euro (ab dem übernächsten Bundesland). Bei mehr als 20 Teilnehmern erhält der Vortragende als Aufwandsentschädigung 7 Euro für jeden Vortragsteilnehmer.

3. Kommen Sie nach Wittenberg zu einer Aufklärungsveranstaltung von uns.

Hier in Wittenberg, dem Ort der Reformation, können Sie sich umfassend über die neue Reformation informieren. Wir halten dazu regelmäßig Vorträge ab. Erfahren auch Sie den legalen Weg aus der Bevormundung durch die Regierungen, der Banken, Konzerne und anderer Strukturen in die Freiheit.

4. Machen Sie die Selbstverwaltung und die Ablösung von den Regierungen zu einem Diskussionsthema im Stadtrat.

Setzen Sie als Stadtrat das Thema "Selbstverwaltung" und vor allen auch "die Ablösung von den Regierungen" auf die Tagesordnung. Lassen Sie sich nicht abweisen! Hört man Ihnen nicht zu, dann initiieren Sie einen Einwohnerantrag (s. § 25 Kommunalverfassungsgesetz LSA, oder auch zu finden in den Gemeindeordnungen der jeweiligen Länder). Das können Sie auch, wenn Sie kein Mitglied des Stadt- oder Gemeinderates sind. Informieren Sie sich vorher auf der Internetseite: <http://koenigreichdeutschland.org/de/gemeindewechsel.html>

5. Sprechen Sie mit Ihrem Bürgermeister über den legalen Ausstieg aus der Besatzungsverwaltung und hinein in die Freiheit der Selbstverwaltung und dem damit verbundenen Wohlstand für alle.

Lassen Sie sich einen Termin bei Ihrem Bürgermeister geben und bitten Sie ihn, sich mit der Thematik auseinanderzusetzen. Fragen Sie immer wieder nach, bis Sie eine ehrliche und tiefe Auseinandersetzung mit dem Thema erkennen. Ermutigen Sie auch andere Menschen in Ihrer Gemeinde oder Stadt in dieser Sache zum Bürgermeister zu gehen. Informieren Sie sich vorher auf der Internetseite: <http://koenigreichdeutschland.org/de/gemeindewechsel.html>

6. Stellen Sie Fragen bei jeder Bürgerfragestunde im Stadtrat, in den Ausschüssen und thematisieren Sie immer wieder die Selbstverwaltung und vor allem die Ablösung von den Regierungen.

Als Einwohner haben Sie das Recht, vor den Stadt- oder Gemeinderäten Fragen zu stellen. Diese sollen Ihnen beantwortet werden. Drängen Sie auf die Beantwortung!

Fragen sollten sein:

- Ist dem Stadtrat die Selbstverwaltung und die Ablösbarkeit der Stadt/Gemeinde von der Regierung gemäß Art. 28 Grundgesetz bekannt, welcher auch im vierten Verfassungsgrundsatz im Strafgesetzbuch im § 92 formuliert ist?
- Was hat die Stadt-/Gemeindeführung bisher getan, um ihre grundgesetzlich garantierten Selbstverwaltungsrechte vollumfänglich und losgelöst in Anspruch zu nehmen?
- Warum kommen die Stadträte ihrem Auftrag, das Wohl der Einwohner zu fördern, nicht umfänglich nach, indem sie sich von den kriminellen Machenschaften der Regierenden lösen?
- Warum schafft die Stadt-/Gemeindevverwaltung keine öffentlich-rechtlichen Kassen in den Bereichen Gesundheit und Rente, damit diese Mittel nicht mehr aus der Gemeinde abfließen?
- Warum schafft die Stadt/Gemeinde nicht gemeindeeigene öffentlich-rechtliche Gemeindebetriebe, um allen Arbeitslosen eine Arbeit zu beschaffen?
- Warum sucht die Gemeinde-/Stadtführung nicht andere und neue Wege aus den finanziellen Abhängigkeiten und der Verschuldung?
- Warum werden die Lasten auf die Bürger durch die Gemeindeführung/Stadtführung beständig erhöht und nicht durch gemeindliche/städtische Maßnahmen gesenkt?
- Warum paktiert die Gemeinde-/Stadtführung mit den kriminellen Elementen in der Regierung?
- Warum läßt es die Stadtführung/Gemeindeführung zu, daß der größte Teil der ganzen Mittel, die die Menschen dieser Stadt/Gemeinde erarbeiten und erwirtschaften, aus unserer Gemeinde abfließen?
- Ist die Stadtführung bereit, konsequente Wege zu gehen, damit die von den Bürgern erarbeiteten Mittel nicht weiter aus der Stadt/Gemeinde abfließen und immer mehr zweckentfremdet werden?
- Würde die Stadtführung/Gemeindeführung Neuwahlen anstreben wollen, wenn sich keine Mehrheit im Stadtrat/Gemeinderat findet, die wieder das Wohl ihrer Einwohner im ersten Sinn hat?
- Warum machen Sie in der in der Gemeinde (/in der Stadt) keine bessere Familienpolitik um die Abwanderung aus der Gemeinde und die Überalterung der Gemeinschaft hier zu stoppen?
- Warum schaffen Sie als Stadt-/Gemeindeführung nicht genug Arbeitsplätze, so daß alle Arbeitswilligen eine sinnvolle Vollbeschäftigung erhalten können?
- Was für Ausreden haben Sie als Kommunalpolitiker, für die desolate Haushaltslage?
- Wie gedenken Sie diese zu verbessern?
- Wie wollen Sie sich vom Tropf höhergeordneter Finanzzuweisungen befreien und trotzdem alle Angelegenheiten der Einwohner der örtlichen Gemeinde regeln und durchführen?
- Wenn Sie keine klaren Vorstellungen von den Bedürfnissen der Bürger, wenn Sie keine klaren Vorstellungen zur Finanzierung einer besseren Familienpolitik, keine Vorstellungen zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, der Abwanderung, der Überalterung usw. haben, warum machen Sie dann so weiter wie bisher, treten nicht ab und überlassen das Feld kompetenten Mitmenschen?
- Möchte sich die Stadtführung/Gemeindeführung mit konkreten Wegen in die Freiheit und Selbstbestimmung auseinandersetzen um das Wohl der Einwohner auch tatsächlich zu fördern?
- Wie gedenken Sie, eine Asylgesetz konforme Politik in unserer Stadt/Gemeinde umzusetzen?

Der Fragen könnten noch viele gestellt werden. Sorgen Sie dafür, daß schon erst einmal diese Fragen kompetent und gehaltvoll beantwortet werden.